

**Antrag 99/II/2023****SPDqueer Berlin LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Sicher und zu Hause fühlen: Sozialdemokratische Antworten für queere Sicherheit in unserer Regenbogenhauptstadt****1 Queere Sicherheit: sozialdemokratisch gedacht**

2 In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir  
3 bedeutende Fortschritte auf dem Weg zu Akzeptanz und  
4 Respekt für queere Menschen gemacht. Dennoch sind  
5 queere Menschen im Alltag den verschiedensten Formen  
6 von Unsicherheit und Gefahren ausgesetzt. Das Spektrum  
7 reicht von Vorurteilen und Ablehnungen über Diskrimi-  
8 nierung und Stimmungsmache bis hin zu queerfeindli-  
9 cher Hasskriminalität. Hierzu zählen nicht nur physische  
10 und verbale Gewalt auf der Straße, sondern auch Beleid-  
11 gungen, Bedrohungen und andere Straftaten, die mitun-  
12 ter zu Hause, am Arbeitsplatz und in den sozialen Medien  
13 geschehen.

14  
15 Queerfeindliche Straftaten richten sich nicht nur gegen  
16 die Betroffenen selbst, sondern auch gegen die Existenz  
17 und Sichtbarkeit queerer Menschen an sich. Hasskrimi-  
18 nalität schafft eine latente Drohkulisse, immer und über-  
19 all angegriffen werden zu können. Diese Drohkulisse zielt  
20 darauf ab, queere Menschen unsicher und unsichtbar zu  
21 machen. Gerade in den letzten Monaten ist eine wei-  
22 tere Radikalisierung im Bereich der politisch motivier-  
23 ten Queerfeindlichkeit zu beobachten. Die Zunahme von  
24 Verschwörungserzählungen gegen queere Menschen und  
25 der immer sichtbarer werdende Kulturkampf zeigen, dass  
26 es rechtsradikalen Kräften längst nicht mehr nur um die  
27 Deutungshoheit geht, sondern um die Durchsetzung ei-  
28 nes totalitären Gesellschaftsbilds. Hinzu kommt die im-  
29 mer häufiger zu beobachtende Gleichsetzung von quee-  
30 rem Aktivismus mit rechten Ideologien, die ebenfalls auf  
31 die Eliminierung der queeren Community abzielt. Darin  
32 liegt das demokratie- und gesellschaftsgefährdende Po-  
33 tential queerfeindlicher Hasskriminalität: Schutz vor Dis-  
34 kriminierung bleibt wirkungslos, solange queere Men-  
35 schen Angst haben müssen, nachts U-Bahn zu fahren oder  
36 Hand in Hand durch ihren Kiez zu gehen.

37  
38 Diskriminierungen und Stimmungsmache bereiten den  
39 Boden dafür, Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen  
40 alltäglich und Queerfeindlichkeit salonfähig zu machen.  
41 Insbesondere die Versuche aus rechten und rechtsradika-  
42 len Kreisen, die auf Kosten queerer Menschen einen Kul-  
43 turkampf gegen eine imaginäre "Gender-Ideologie", ge-  
44 gen "Gender-Sprache" und gegen die Vielfalt unserer Ge-  
45 sellschaft führen, lehnen wir ab. Als sozialdemokratische  
46 Partei stellen wir uns entschieden gegen jegliche Formen  
47 von Queerfeindlichkeit.

48

49 Zugleich wollen wir der queeren Community Antworten  
50 geben, wie die Sozialdemokratie den Herausforderungen  
51 von queerer Unsicherheit und queerfeindliche Hasskrimi-  
52 nalität begegnen will.

53

54 Sozialdemokratische Politik ist immer darauf ausgerich-  
55 tet, Unsicherheiten abzubauen, soziale Gerechtigkeit her-  
56 zustellen und allen Menschen - unabhängig von ihren Le-  
57 bensumständen - ein sicheres und gutes Leben zu ermög-  
58 lichen. In Berlin ist wie unter einem Brennglas sichtbar,  
59 dass auch queere Sicherheit eine soziale Frage ist, welche  
60 sozialdemokratische Antworten erfordert. Mit unserer Po-  
61 litik für queere Sicherheit wollen wir dafür sorgen, dass  
62 sich alle Menschen in unserer Regenbogenhauptstadt si-  
63 cher und zu Hause fühlen können - unabhängig von ihrer  
64 geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung.

65

66 Dabei ist uns bewusst, dass unterschiedliche Teile der  
67 queeren Community von verschiedenen Formen von Un-  
68 sicherheiten betroffen sind. So richtet sich etwa sexuali-  
69 sierte Gewalt besonders häufig gegen Frauen und trans\*  
70 Personen. Queere Menschen, die Rassismus ausgesetzt  
71 sind, erfahren queerfeindliche Hasskriminalität wieder-  
72 um in anderen Formen als *Weiß*e Menschen. Zum anderen  
73 muss in Berlin zwischen den Situationen und Lebenswel-  
74 ten queerer Menschen in den Innen- und Außenbezirken  
75 der Stadt unterschieden werden. Ausgangsbedingungen  
76 und Erfahrungen, insbesondere was den Zugang zu Bera-  
77 tung und Unterstützung oder zu queeren Orten angeht,  
78 variieren teilweise massiv zwischen Bezirken und einzel-  
79 nen Ortsteilen.

80

81 Um möglichst alle Teile unserer diversen Community zu  
82 erreichen, braucht es gezielte Angebote und Formate, die  
83 die jeweiligen Bedürfnisse - einschließlich Barrierefreiheit  
84 - berücksichtigen. Deswegen setzen wir auf einen ständi-  
85 gen Dialog mit der queeren Community und dem Berli-  
86 ner Senat. Hierfür ist die von der SPDqueer geforderte und  
87 von der SPD durchgesetzten Benennung eines Queerbe-  
88 auftragten ein wichtiger erster Erfolg.

89

90 Um queere Sicherheit zu fördern, reicht es nicht aus, wenn  
91 der Staat erst bei der Verfolgung von Straftaten aktiv  
92 wird. Unsere sozialdemokratische Politik für queere Si-  
93 cherheit basiert deswegen auf fünf Säulen: einer umfas-  
94 senden Präventionsarbeit (I.), der Beratung und Unter-  
95 stützung für Betroffene von Queerfeindlichkeit (II.), einer  
96 konsequenten Ahndung von Straftaten durch Strafverfol-  
97 gungsbehörden, die die Bedürfnisse queerer Menschen  
98 ernst nehmen (III.), der Weiterentwicklung eines geeigne-  
99 ten Rechtsrahmens (IV.) sowie Verbesserungen der Daten-  
100 grundlage (V.)"; Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen  
101 wollen wir dazu beitragen, Solidarität, Vertrauen und Si-

102 cherheitsgefühl in der gesamten Gesellschaft zu schaffen  
103 und zu steigern.

104

105 **I: Prävention vorantreiben, Aufklärung leisten, geschütz-**  
106 **te Räume schaffen**

107 Das wichtigste Instrument für queere Sicherheit ist effek-  
108 tive Aufklärungs- und Präventionsarbeit, um die Wurzeln  
109 queerer Unsicherheit und Queerfeindlichkeit anzugehen.  
110 Der Jugend- und Sozialarbeit kommt deswegen eine zen-  
111 trale Rolle zu. Auf der anderen Seite sind Gewalt und Dis-  
112 kriminierung queerer Menschen auch in Institutionen ver-  
113 breitet, die Anker sozialer Teilhabe seien sollen – wie Schu-  
114 len, Arbeitsstätten oder Freizeiteinrichtungen. Auch hier  
115 müssen wir ansetzen, um Vertrauen aufzubauen und die  
116 Sicherheit im Alltag zu stärken. Um diese Ziele zu errei-  
117 chen, ist nicht nur die queere Community gefordert, son-  
118 dern die gesamte Gesellschaft. Auch Vereine, Verbände  
119 und Religionsgemeinschaften tragen Verantwortung und  
120 müssen eingebunden werden, um in ihrem Tätigkeitsfeld  
121 Queerfeindlichkeit entgegenzutreten und Sicherheit für  
122 queere Menschen zu schaffen. Nicht zuletzt spielen auch  
123 die Bezirke eine zentrale Rolle.

124

125 Wir fordern die SPD-BVV-Fraktionen auf, queere Sicher-  
126 heit zu einem Bestandteil ihres politischen Handelns zu  
127 machen. Wir wollen den Erfahrungsaustausch zwischen  
128 den Bezirken unterstützen und stärken, um erfolgreiche  
129 Maßnahmen adaptieren und in den jeweiligen Bezirken  
130 den lokalen Bedürfnissen entsprechend anpassen und  
131 umsetzen zu können.

132

133 Wir fordern die zügige Umsetzung des Landesparteitags-  
134 Beschlusses und der entsprechenden Vereinbarung im Ko-  
135 alitionsvertrag zur Einrichtung von Queer-Beauftragte in  
136 allen Bezirken, um Aufklärungs- und Supportprogramme  
137 verlässlich steuern und Anlaufstellen anbieten zu können  
138 – sowohl innerhalb der Verwaltung als auch gegenüber  
139 Bürger\*innen. Die Queer-Beauftragte sollen einen engen  
140 Dialog mit der queeren Community in den jeweiligen Be-  
141 zirken aufbauen, Projektfördermittel einwerben und die  
142 Vernetzung untereinander fördern.

143

144 Gerade an Schulen sind queere Jugendliche noch immer  
145 Unsicherheiten, Queerfeindlichkeit und Mobbing ausge-  
146 setzt. Wir wollen dazu beitragen, dass Schulen endlich zu  
147 geschützten Räumen für queere Jugendliche werden. Des-  
148 halb setzen wir uns dafür ein, in allen Bezirken Stellen für  
149 Schulqueerarbeit zu schaffen. Die Stelleninhaber\*innen  
150 sollen entsprechend der Zielgruppe (Alter, Schulform) die  
151 bereits existierende Schulsozialarbeit und schulpsycholo-  
152 gische Beratung unterstützen. Aufgabe soll neben regel-  
153 mäßigen Schulungen und Aufklärungsarbeit für Lehrende  
154 und Lernende auch Beratung und Konfliktlösung sein.

155

156 Beschäftigte an den Schulen müssen darin geschult und  
157 unterstützt werden, wie sie Queerfeindlichkeit und ande-  
158 re Formen von Diskriminierung erkennen und diesen ef-  
159 fektiv entgegenwirken können. Schüler\*innen, die Diskri-  
160 minierung und Mobbing erfahren, müssen niedrigschwel-  
161 lig Unterstützung erfahren. Des Weiteren müssen Schulen  
162 und Jugendhilfe für die Bedrohungen von queeren Men-  
163 schen durch häusliche Gewalt sensibilisiert werden.

164

165 Um die Sensibilisierung von Schüler\*innen und Lehrer\*in-  
166 nen zu verbessern und die Prävention zu stärken, set-  
167 zen wir uns auch dafür ein, die Themen "Queeres Le-  
168 ben" und Queerfeindlichkeit in ihren verschiedenen Facet-  
169 ten auch im Schulunterricht zu thematisieren. Eine Ori-  
170 entierung kann hierbei beispielsweise das bundesweite  
171 Netzwerk "Schule der Vielfalt" ([https://www.schule-der-  
172 vielfalt.org/](https://www.schule-der-<br/>172 vielfalt.org/)) liefern.

173

174 Auch am Arbeitsplatz sind queere Menschen alltäglichen,  
175 offenen und versteckten Diskriminierungen und Unsi-  
176 cherheiten ausgesetzt. Hier sind Arbeitgeber\*innen gefor-  
177 dert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit sich al-  
178 le Beschäftigten bei der Arbeit sicher und wertgeschätzt  
179 fühlen. Um dies zu unterstützen, fordern wir den Ausbau  
180 von Beratungs- und Coachingprogrammen, etwa "qu:ib -  
181 queer im beruf" oder "Proud at Work", sowohl für Arbeit-  
182 nehmer\*innen als auch für Arbeitgeber\*innen. Auch die  
183 Berufsorientierungs- und Ausbildungsphase sollen dabei  
184 in den Blick genommen werden.

185

186 In Einrichtungen der Jugend- und der Senior\*innenarbeit,  
187 der Wohnungslosenhilfe und in Wohnprojekten müssen  
188 Konzepte zur Sensibilisierung und zur Prävention von Dis-  
189 kriminierung und Queerfeindlichkeit entwickelt werden,  
190 die die besondere Abhängigkeit der betroffenen Perso-  
191 nengruppen von Hilfe und Unterstützung mit einbezie-  
192 hen. Zudem müssen das Programm für den Aufbau quee-  
193 rer Jugendzentren beschleunigt und Wohnbauprojekte  
194 für queere Senior\*innen, wie etwa der Lebensort Vielfalt  
195 am Südkreuz, verstärkt in den Blick genommen werden,  
196 um in allen Bezirken Angebote und sicherere Räume für  
197 diese Gruppen zu schaffen. Der Fokus soll auf der breiten  
198 Streuung der Angebote in möglichst allen Einrichtungen  
199 der Jugend- und Senior\*innenarbeit liegen, um eine größt-  
200 mögliche Inanspruchnahme sicherzustellen.

201

202 In allen Aufnahmeeinrichtungen für geflüchtete Men-  
203 schen sind LSBTQIA\*-inklusive Schutzkonzepte umzuset-  
204 zen. Bei einer Gefährdungslage oder Gewaltvorfällen  
205 müssen Schutzräume zur Verfügung stehen und eine zü-  
206 gige Verlegung in Einzelzimmer oder andere Unterkünfte  
207 ermöglicht werden. Zudem sollten weitere Aufnahmeein-

208 richtungen speziell für vulnerable Gruppen, darunter auch  
209 queere Geflüchtete, geschaffen werden.

210

211 Queere Freizeit- und Kulturräume sind für viele die einzi-  
212 gen Orte, in denen queere Menschen selbstbestimmt ih-  
213 re Identität ausleben können. Sie sind aber durch hohe  
214 Mieten, schrumpfende Fördermittel oder städtebauliche  
215 Verdrängung in ihrer Existenz bedroht. Wir brauchen ei-  
216 nen Bestandsschutz für diese Räume und verlässliche Fi-  
217 nanzierung und Förderung. Gleichzeitig gibt es auch in  
218 diesen Räumen unter anderem Rassismus, Sexismus und  
219 Trans\*feindlichkeit. Hier müssen Programme zur Sensibi-  
220 lisierung ausgebaut und verstetigt werden.

221

## 222 **II: Beratungsangebote ausbauen, Betroffenen helfen**

223 Menschen aus der Community zu beraten und zu unter-  
224 stützen - gerade dann, wenn sie von Queerfeindlichkeit  
225 betroffen sind - ist ein wichtiger Aspekt queerer Sicher-  
226 heit. Hierzu leisten Initiativen aus der Community teil-  
227 weise schon seit Jahrzehnten wichtige und wertvolle Ar-  
228 beit. Wir wollen diese Arbeit nicht nur weiter ausbau-  
229 en und stärken, sondern auch mehr Verlässlichkeit und  
230 Planungssicherheit für queere Initiativen gewährleisten.  
231 Denn auch die Initiativen brauchen das Vertrauen und die  
232 Sicherheit, dass ihre Arbeit wertgeschätzt und gefördert  
233 wird. Vorhandene Lücken im Beratungs- und Unterstüt-  
234 zungsangebot wollen wir schließen. Damit die bestehen-  
235 den Initiativen den aktuell stark steigenden Beratungs-  
236 bedarf erfüllen, sich zusätzlich mit ihrer Fachkompetenz  
237 bei der Prävention einbringen und den fachlichen Aus-  
238 tausch mit Strafverfolgungsbehörden und anderen Stel-  
239 len führen können, fordern wir die SPD-Mitglieder von Se-  
240 nat und Abgeordnetenhaus auf, sich für eine bedarfsge-  
241 rechte Steigerung der verfügbaren Haushaltsmittel ein-  
242 zusetzen. Prävention darf nicht an der Ressourcenfrage  
243 scheitern. Der Ausbau des Beratungsangebots durch neue  
244 Beratungsstellen darf nicht zulasten der Arbeit bestehen-  
245 der Initiativen gehen.

246

247 Wir setzen uns dafür ein, die Initiative geschlechtliche  
248 und sexuelle Vielfalt (IGSV) des Senats zu aktualisie-  
249 ren und auszubauen. Dabei wollen wir insbesondere die  
250 Präventions- und Antigewaltarbeit (s. auch II.) weiter för-  
251 dern und stärken.

252

253 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-  
254 nats und des Abgeordnetenhauses dazu auf, sich dafür  
255 einzusetzen, dass die Beantragung und Bewilligung von  
256 Fördermitteln für queere Beratungs- und Unterstützungs-  
257 angebote verlässlich, dauerhaft, unbürokratisch und zü-  
258 gig gestaltet wird. Bearbeitungszeiten müssen so gering  
259 wie möglich gehalten und dauerhaft bestehende Aufga-  
260 ben auch dauerhaft finanziert werden.

261  
262 Wir setzen uns dafür ein, die Beratungslandschaft in ganz  
263 Berlin bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Unabhängige  
264 Beratungsangebote müssen flächendeckend in allen Be-  
265 zirken gewährleistet sein. Mit Blick auf die Verfügbarkeit  
266 von Angeboten und die Bedarfsstruktur ist die Schaffung  
267 von Beratungsstellen in unterversorgten Bezirken zu prio-  
268 risieren.

269  
270 Dabei setzen wir uns für einen intersektionalen Ansatz  
271 ein, der berücksichtigt, dass Queerness nur eine Facette  
272 der Lebenswelt queerer Menschen ist. Andere Facetten  
273 wie Geschlecht, Betroffenheit von Rassismus, Armut, Be-  
274 hinderung und Queerness müssen ebenso in den Anforde-  
275 rungen an Beratung und Unterstützung Berücksichtigung  
276 finden. Vielfältige Angebote können eine bedürfnisorien-  
277 tierte Beratung besser gewährleisten. Besonders wichtig  
278 für uns ist die Einrichtung eigener Beratungsstellen für  
279 trans\* und nicht-binäre Menschen sowie die Beratung Be-  
280 troffener von Gewalt in queeren Partner\*innenschaften.

281  
282 Wir setzen uns für einen engen und vertrauensvollen Aus-  
283 tausch zwischen Polizei, Justiz, Beratungsstellen und der  
284 Community ein, um Wissen zu teilen und gegenseitiges  
285 Verständnis und Vertrauen zu stärken.

286  
287 In diesem Zusammenhang ist es inakzeptabel, dass der  
288 Austausch von Daten über queerfeindliche Straftaten we-  
289 gen Datenschutzbedenken seit längerer Zeit nicht mehr  
290 stattfindet. Dies wollen wir schnellstmöglich ändern, er-  
291 forderlichenfalls durch eine Gesetzesänderung.

292  
293 Wir unterstützen insbesondere queere Menschen dabei,  
294 sich aktiv in die Lage zu versetzen, sich vor möglichen An-  
295 greifer\*innen zu schützen und für andere Menschen Zivil-  
296 courage zu zeigen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Initia-  
297 tiven wie queerschutz now, welche spezielle Angebote für  
298 die queere Community im Bereich von Selbstbehauptung  
299 und -verteidigung bei queerfeindlichen Angriffen anbie-  
300 ten, verstärkt zu fördern.

301  
302 Weiterhin werden gezielte Mental Health-Angebote für  
303 Personen benötigt, die Übergriffe befürchten müssen  
304 oder erfahren haben - zum Beispiel regelmäßige Kurse  
305 und Gruppenangebote. Zusätzlich müssen Institutionen,  
306 die verbalen oder physischen queerfeindlichen Angriffen  
307 ausgesetzt sind, eine niedrigschwellige und kostenfreie  
308 Beratung, insbesondere zu Sicherheitsfragen, in Anspruch  
309 nehmen können.

310  
311 Wir unterstützen die geplante Einrichtung einer zweiten  
312 Krisenwohnung mit dem Fokus auf Gewalt in Partner\*in-  
313 nenschaften und häusliche Gewalt. Wir setzen uns für ei-

314 nen weiteren bedarfsgerechten Ausbau dieser Angebo-  
315 te ein. Darüber hinaus sollten in allen Bezirken niedrig-  
316 schwellige, auch kurzfristig verfügbare Notwohnangebo-  
317 te für queere Menschen zur Verfügung stehen, insbeson-  
318 dere für junge Menschen und Betroffene von Mehrfach-  
319 diskriminierung.

320

### 321 **III: Straftaten konsequent ahnden, Vertrauen und Sensi-** 322 **bilität aufbauen**

323 Betroffene von Vorurteils- und Hasskriminalität haben oft  
324 - teils aus eigener Erfahrung, teils vor dem Hintergrund  
325 der Geschichte - ein geringeres Vertrauen in staatliche In-  
326 stitutionen. Wir wollen, dass Polizei und Justiz stets über-  
327 zeugt an der Seite queerer Menschen stehen und deren  
328 Rechte und Sicherheit verteidigen. Hierzu brauchen wir ei-  
329 ne bürger\*innennahe und konsequente Polizei und Justiz,  
330 die die Anliegen queerer Menschen ernst nimmt und mit  
331 ihnen auf Augenhöhe kommuniziert. Queerfeindlichkeit  
332 muss Konsequenzen haben - denn Täter\*innen schlagen  
333 zu, wenn sie keine Konsequenzen fürchten müssen. Des-  
334 halb setzen wir uns dafür ein, die Kompetenz von Polizei  
335 und Justiz, auf Queerfeindlichkeit effektiv zu reagieren,  
336 weiter auszubauen und zu stärken.

337

338 Die sozialdemokratischen Innenminister\*innen und In-  
339 nensenator\*innen von Bund und Ländern werden aufge-  
340 fordert, sich dafür einzusetzen, dass die von der Innen-  
341 minister\*innenkonferenz auf Initiative Berlins erarbei-  
342 teten Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von gegen  
343 queere \* Personen gerichteten Straftaten effektiv umge-  
344 setzt werden. Hierzu sind mehrere Aspekte notwendig:

- 345 • die Erstellung eines bundesweiten Lagebildes, um  
346 einen Überblick über das Ausmaß an queerfeindli-  
347 cher Hasskriminalität zu erhalten;
- 348 • die Erarbeitung von Fallbeispielen, um die statisti-  
349 sche Erfassung zu verbessern und präzisieren;
- 350 • die Überprüfung und ggf. Anpassung von Kompe-  
351 tenzen und Aufgaben der jeweiligen staatlichen An-  
352 sprechstellen und der Ausbildungsinhalte des Per-  
353 sonals anhand der vorgelegten Mindeststandards;
- 354 • eine aktive Netzwerkarbeit der unterschiedlichen  
355 Ansprechstellen untereinander und
- 356 • die Erstellung einer Übersicht zu Präventionskon-  
357 zepten.

358

359 Bei der Umsetzung dieser Punkte muss die queere Com-  
360 munity eng mit eingebunden werden.

361

362 Kompetenz und Sensibilität der Strafverfolgungsbehör-  
363 den und der Justiz sind zentrale Bausteine für den erfolg-  
364 reichen Kampf gegen Hasskriminalität. Um adäquat auf  
365 Queerfeindlichkeit zu reagieren und das Vertrauen inner-  
366 halb der Community zu stärken, sind die hauptamtlichen

367 Ansprechpersonen für LSBTQIA\* beim Landeskriminalamt  
368 und die Zentralstelle Hasskriminalität bei der Staatsan-  
369 waltschaft Berlin - insbesondere deren Vernetzungsarbeit  
370 mit der Community - Erfolgsmodelle. Wir wollen diese  
371 Stellen weiter ausbauen und stärken, auch durch zusätz-  
372 liches Personal.

373

374 Wir wollen die Anzeigebereitschaft bei Betroffenen queer-  
375 feindlicher Hasskriminalität erhöhen und der Dunkel-  
376 feldproblematik entgegenwirken. Erst diese Bereitschaft  
377 macht eine Strafverfolgung durch die Justiz möglich. Dazu  
378 wollen wir die Möglichkeiten möglichst niedrigschwellig  
379 und barrierearm gestalten, Strafanzeige zu erstatten und  
380 in diesem Rahmen auch (mögliche) queerfeindliche Moti-  
381 vationen anzugeben, beispielsweise durch Aufnahme der  
382 Frage in Anzeigeformularen. Dazu gehört auch, dass mög-  
383 liche Instrumente des Opferschutzes (z.B. keine Weiter-  
384 gabe von (Privat-)Adressen, „kleiner Opferschutz“) konse-  
385 quent genutzt und den Betroffenen besser bekannt ge-  
386 macht werden.

387

388 Nicht zuletzt spielen qualifizierte Beratungsstellen bei der  
389 Steigerung der Anzeigebereitschaft eine wich-tige Rolle.  
390 Diese können im direkten Gespräch mögliche Sorgen und  
391 Ängste abbauen sowie durch ihre Beratung und Hilfestel-  
392 lung dazu beitragen, dass Betroffene sich zur Anzeige ent-  
393 schließen und trotz der damit einhergehenden Belastun-  
394 gen das gesamte Strafverfahren durchhalten.

395

396 Um qualitativ hochwertige Beratung zu sichern, sollen al-  
397 le Mitarbeiter\*innen in Polizeidirektionen zum Umgang  
398 mit Queerfeindlichkeit und queerfeindlicher Hasskrimi-  
399 nalität geschult werden. Darüber hinaus sollte geprüft  
400 werden, in den Polizeidirektionen gesonderte Termine  
401 bei speziell zu queeren Themen geschulten Mitarbei-  
402 ter\*innen anzubieten, zum Beispiel in Form einer Online-  
403 Terminbuchung. So können queere Menschen sicher sein,  
404 dass sie ihre Strafanzeige bei einer Person aufgeben  
405 werden, die mit Queerfeindlichkeit und queerfeindlicher  
406 Hasskriminalität vertraut ist. Dabei sollte auch sicherge-  
407 stellt sein, dass Personen das Gespräch auf Wunsch mit ei-  
408 ner weiblichen Mitarbeiterin führen können.. Hierfür sind  
409 die notwendigen Ausbildungskapazitäten zu schaffen.

410

411 Um Queerfeindlichkeit - besonders Gewalt und Hasskri-  
412 minalität gegen queere Menschen - stärker in den gesell-  
413 schaftlichen Fokus zu rücken, setzen wir uns dafür ein,  
414 dass der Senat eine öffentlichkeitswirksame Kampagne  
415 für queere Sicherheit ins Leben ruft.

416

417 Wir setzen uns für verpflichtende Maßnahmen zur Queer-  
418 sensibilisierung von Polizei, Ordnungsamt und Rettungs-  
419 kräften ein, damit diese deeskalierend und unterstützend



420 eingreifen können. Gleichmaßen wollen wir die Fort-  
421 bildung von Staatsanwält\*innen, Richter\*innen, Justizbe-  
422 schäftigten und Rechtsanwält\*innen stärken, damit diese  
423 Queerfeindlichkeit erkennen und adäquat reagieren kön-  
424 nen.

425

426 Gute Kommunikation mit Betroffenen ist zentral, damit  
427 sich diese von staatlichen Stellen ernstgenommen fühlen.  
428 Polizei und Staatsanwaltschaft sollten sich hier auch in ei-  
429 ner Service-Rolle sehen, um Betroffenen konsequent zur  
430 Seite zu stehen.

431

432 Zum einen unterstützen wir den Ansatz der Staatsanwalt-  
433 schaft Berlin, bei queerfeindlichen Straftaten proaktiv auf  
434 ggf. erforderliche Strafanträge hinzuweisen und Betrof-  
435 fene auch außerhalb der rechtlichen Benachrichtigungs-  
436 pflichten über den Ausgang von Verfahren (z.B. bei Erlass  
437 eines Strafbefehls) zu informieren. Es ist zu prüfen, ob die  
438 Regelungen zur Information der Verletzten und der Straf-  
439 antragsteller\*innen in der StPO erweitert werden sollten.

440

441 Zum anderen sollen die Informationsangebote von Polizei  
442 und Staatsanwaltschaft, welche Betroffene aktiv an ex-  
443 terne Beratungsstellen verweisen, noch stärker beworben  
444 und hervorgehoben werden, damit sie dort weiter unter-  
445 stützt werden können (s. auch II. und III.). Insofern unter-  
446 stützen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen staatli-  
447 chen Stellen und queeren Beratungsstellen, so dass diese  
448 sich in ihren Aktivitäten gegenseitig ergänzen.

449

450 Wir setzen uns für einen Ausbau der psychosozialen Pro-  
451 zessbegleitung ein. Auch Beratungsstellen sollen dabei  
452 unterstützt werden, Betroffene auch im Prozess zu beglei-  
453 ten und zu beraten.

454

455 Nicht alle Formen queerfeindlicher Hasskriminalität sind  
456 mit körperlicher Gewalt verbunden. Es braucht hier besse-  
457 re und vermehrte Beratung über nichtgewalttätige Straf-  
458 taten und Leitlinien zum Umgang hiermit, um auch in  
459 diesem Bereich eine effektive Strafverfolgung gegen Tä-  
460 ter\*innen sicherzustellen.

461

462 Es ist ein Runder Tisch einzurichten, im Rahmen des-  
463 sen Vertreter\*innen von Sicherheitsbehörden, Betroffe-  
464 nen, Politik und Community sowie von Vereinen und Ver-  
465 bänden der nicht-queeren Zivilgesellschaft sich regelmä-  
466 ßig über aktuelle Entwicklungen austauschen und Hand-  
467 lungsempfehlungen erarbeiten. Dabei soll ein hohes Maß  
468 an Erfahrungs- und Perspektivenvielfalt, insbesondere in  
469 Bezug auf geschlechtliche Vielfalt und Rassismusbetrof-  
470 fenheit, sichergestellt werden.

471

472 **IV: Rechtsrahmen weiterentwickeln, queerfeindliche**

**473 Straftaten besser erfassen**

474 In der Regel sind Fälle von Hasskriminalität zwar jetzt  
475 schon von Straftatbeständen erfasst, sodass eine schuld-  
476 angemessene Ahndung grundsätzlich möglich ist. Queer-  
477 feindliche Motive müssen aber auch in den Ermitt-  
478 lungen angemessen berücksichtigt werden, damit die  
479 demokratie- und gesellschaftsgefährdende Wirkung von  
480 Hasskriminalität im Strafverfahren abgebildet wird. Hier-  
481 zu sind im Einklang mit den Empfehlungen des Arbeits-  
482 kreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher  
483 Gewalt“ rechtliche Anpassungen und eine bessere Erfas-  
484 sung queerfeindlicher Straftaten erforderlich.

485

486 Wir unterstützen, dass auf Initiative der Ampel-Koalition  
487 auf Bundesebene beschlossen wurde, im Strafgesetzbuch  
488 ausdrücklich zu regeln, dass geschlechtsspezifische und  
489 gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Beweggründe  
490 der\*des Täter\*in bei der Strafzumessung zu berücksichti-  
491 gen sind. Damit diese Regelung praktisch wirksam wird,  
492 setzen wir uns dafür ein, im Strafprozessrecht klarzustel-  
493 len, dass die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwalt-  
494 schaft sich auch auf diese Beweggründe erstrecken müs-  
495 sen. Hierfür ist eine Erweiterung der §§ 158, 163 StPO zu  
496 prüfen.

497

498 Bei Anhaltspunkten für queerfeindliche Beweggründe  
499 sind die Ermittlungen auch auf diese Tatumstände zu  
500 erstrecken. Liegen queerfeindliche Beweggründe der\*des  
501 Täter\*in vor, ist in der Regel das öffentliche Interesse bzw.  
502 das besondere öffentliche Interesse an der Strafverfol-  
503 gung zu bejahen. Nr. 15 Absatz 5, Nummer 86 Absatz 2 und  
504 Nummer 234 Absatz 1 RiStBV sind entsprechend zu ergän-  
505 zen.

506

507 Im Straftatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) ist  
508 klarzustellen, dass sich diese Straftat auch gegen ei-  
509 ne durch ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche  
510 Identität bestimmte Gruppe richten kann. Der Straftatbe-  
511 stand der verhetzenden Beleidigung (§ 192a StGB) ist zu  
512 erweitern, sodass auch die Beschimpfung wegen des Ge-  
513 schlechts oder der Identität umfasst ist. Es ist zu prüfen,  
514 ob ob der Tatbestand der Beleidigung (§ 185 StGB) erwei-  
515 tert werden sollte, um sicherzustellen, dass das beharrli-  
516 che und absichtliche Misgendern und “Deadnaming” von  
517 trans\* Personen umfasst ist.

518

519 Deutliche Verbesserungen sind bei der Bekämpfung von  
520 Hass im Netz und beim digitalen Gewaltschutz erforder-  
521 lich. Queere Menschen, die online aktiv sind und dort ih-  
522 re Meinung äußern, sind oft massiver Hetze, Beleidigun-  
523 gen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Um dem  
524 wirksam entgegenzutreten, unterstützen wir die stärker-  
525 re Heranziehung der Plattformbetreibenden zur Löschung

526 rechtswidriger Beiträge, zur Sperrung Hassrede verbreitender Accounts und die Einführung richterlich angeordneter Accountsperrungen. Solche Sperren sollen nicht nur dann in Betracht kommen, wenn eine einzelne Person online beleidigt und verunglimpft wird, sondern auch, wenn sich die Angriffe gegen verschiedene Personen oder gegen Gruppen richten. Damit individuelle Betroffene den Aufwand der Rechtsverfolgung nicht selbst leisten müssen, setzen wir uns für ein Verbandsklagerecht ein.

535

536 **V: Gezielte Ursachenforschung betreiben, Datengrundlagen verbessern**

537  
538 Um queerfeindlichen Einstellungen effektiv entgegenwirken und wirksame Präventionsarbeit leisten zu können, bedarf es einer verlässlichen Datengrundlage - sowohl in Bezug auf die Verbreitung queerfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft und die dahinterstehenden Motive als auch in Bezug auf Straftaten und Übergriffe, denen queere Menschen ausgesetzt sind. In beiden Bereichen fehlt es vielfach an belastbaren Erkenntnissen.

546

547 Wir setzen uns daher für die Förderung wissenschaftlicher Studien ein, die zu einer besseren Datenlage beitragen können. Dabei müssen insbesondere die Ursachen sowohl für politisch motivierte als auch für alltägliche Queerfeindlichkeit genauer untersucht werden.

552

553 Wir fordern darüber hinaus die Intensivierung von Dunkelfeld-Studien, um besser zu verstehen, aus welchen Gründen queerfeindliche Straftaten nicht angezeigt oder nicht (korrekt) erfasst werden. Dabei ist auch zu untersuchen, in welchen Phänomenbereichen das Dunkelfeld besonders groß ist und inwiefern Hellfeldanalysen ggf. ein verzerrtes Bild der tatsächlichen Situation zeichnen.“;

560

561 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Erfassung queerfeindlich motivierter Straftaten zu verbessern, um ein aussagekräftiges Lagebild zu erhalten. Ein Schwerpunkt muss dabei darauf gelegt werden, queerfeindlich motivierte sexualisierte Gewalt - insbesondere gegen weiblich gelesene Personen - besser zu erfassen und sicherzustellen, dass Fälle, bei denen sowohl Misogynie als auch Queerfeindlichkeit eine Rolle spielen, in beiden Kategorien dokumentiert werden. Sexualisierte Gewalt muss genauso ernst genommen werden wie körperliche Gewalt. Wir fordern in Berlin eine regelmäßige Auswertung nach Kiezen, um auch lokale Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

573

574 Die Informationen und Daten, die queere Menschen über sich, ihr Sexualverhalten und ihre sexuelle Gesundheit bei Onlinediensten angeben, unterliegen einem besonderen Datenschutz. Wir setzen uns dafür ein, die Weitergabe dieser Daten, die bspw. zu einem Outing oder der Be-

579 kanntgabe des HIV-Status bei Arbeitgeber\*innen führen  
580 könnte, besonders aktiv strafrechtlich zu verfolgen.

581

### 582 **Queere Sicherheit als Ziel und Verpflichtung**

583 Die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtliche  
584 Identität frei und in Sicherheit zu leben, ist Teil der frei-  
585 en Entfaltung der Persönlichkeit, die von den Grund- und  
586 Menschenrechten geschützt ist. Queerfeindlichkeit be-  
587 deutet eine Missachtung dieses grundlegenden Rechts.  
588 Gewalt und Kriminalität gegen queere Menschen nagen  
589 deshalb an den Grundfesten unserer sozialen Demokratie.  
590

591 Gerade die aktuellen Entwicklungen in vielen Ländern -  
592 z.B. Gesetze gegen "Homo-Propaganda" in Russland und  
593 Ungarn, das sog. "Don't Say Gay"-Gesetz in Florida und  
594 nun sogar die drohende Todesstrafe für Homosexualität  
595 in Uganda - zeigen, dass queere Sicherheit keine Selbst-  
596 verständlichkeit ist. Auch in Deutschland können wir nicht  
597 sicher sein, dass einmal errungene Erfolge von Dauer sein  
598 werden. Umso wichtiger ist es, den Schutz queerer Men-  
599 schen aktiv voranzutreiben und auszubauen!

600

601 Für uns als sozialdemokratische Partei ergibt sich daraus  
602 die Verpflichtung, Queerfeindlichkeit in jeglicher Form  
603 entschieden entgegenzutreten und queere Sicherheit ef-  
604 fektiv voranzutreiben. Mit diesem Antrag wollen wir ein  
605 Zeichen unserer Solidarität mit der gesamten queeren  
606 Community setzen und für unsere Partei ein Arbeitspro-  
607 gramm vorlegen, wie wir zum Schutz und zur Sicherheit  
608 queerer Menschen beitragen.

609

610 Wir verstehen queere Sicherheit als soziale Frage und un-  
611 sere queerpolitische Arbeit als Beitrag zu einer gerechten  
612 Gesellschaft, die Vielfalt wertschätzt und in der alle Men-  
613 schen die Aussicht auf ein gutes Leben haben. Um dieses  
614 Ziel zu erreichen, hat unsere Regenbogenhauptstadt Ber-  
615 lin eine Vorreiterrolle, der wir uns verpflichtet fühlen und  
616 der wir gerecht werden wollen.

617

### 618 **Begründung**

619 Wir beobachten einen kontinuierlichen Anstieg polizei-  
620 lich registrierter LSBTQIA\*-feindlicher Straftaten. Laut der  
621 bundesweiten Fallzahlen für politisch motivierte Krimi-  
622 nalität sind die registrierten Fälle von Hasskriminalität  
623 gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und inter\*ge-  
624 schlechtliche sowie queere Menschen (LSBTQIA\*) im Jahr  
625 2022 erneut gestiegen. So wurden im Unterthemenfeld  
626 „sexuelle Orientierung“ 1.005 Straftaten (davon 227 Ge-  
627 waldelikte) und im Unterthemenfeld „geschlechtliche  
628 Diversität“ 417 Straftaten (davon 82 Gewaltdelikte) er-  
629 fasst. Auch in Berlin hat sich die Zahl der Fälle, die von der  
630 Beratungsstelle Maneo erfasst werden, gegenüber dem  
631 Vorjahr erneut erhöht; insgesamt wurden 557 Fälle im Jahr

632 2022 erfasst. Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer aus-  
633 zugehen, die in Deutschland schätzungsweise bei 80 bis  
634 90 Prozent liegt.

635 Dies nehmen wir zum Anlass, ein umfassendes Konzept  
636 für queere Sicherheit vorzulegen, das unsere politischen  
637 Forderungen und Vorschläge zusammenfasst. Dabei neh-  
638 men wir sowohl die Rolle von Polizei und Strafjustiz sowie  
639 die Beratung von Betroffenen queerfeindlicher Straftaten  
640 in den Blick als auch das Bedürfnis nach einer effektiven  
641 Präventions- und Aufklärungsarbeit.

642

643 [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/05/pmk2022.html) pressemittei-  
644 lungen/DE/2023/05/pmk2022.html

645 [http://www.maneo.de/fileadmin/](http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/report/MANEO-Report-2022-online-Teil_1-230502.pdf) user\_upload/datei-  
646 en/report/MANEO-Report-2022-online-Teil\_1-230502.pdf